

Landessender bleibt «on air»

Regierungsrat Martin Meyer über die Zukunft von Radio Liechtenstein

VADUZ – Im Dezember wird der Landtag neue Verwaltungsratsmitglieder für Radio Liechtenstein ernennen. Im Anschluss daran wird die Regierung eine Vorlage ausarbeiten, um die Finanzierung des Landessenders über das Jahr 2006 hinaus zu sichern. Die Zukunft des Landessenders könne schon bald auf ein sicheres Fundament gestellt werden, erklärt Regierungsrat Martin Meyer.

• Peter Knecht

Volksblatt: In den vergangenen Wochen war Radio Liechtenstein immer wieder Gegenstand heftiger Auseinandersetzungen. Wird der Landessender nach den jüngsten Geschehnissen nun zur Ruhe kommen?

Martin Meyer: Ausschlaggebend für die weitere Ausgestaltung der Zukunft des Landessenders sind die Anliegen und Interessen der Bevölkerung. Spätestens seit der Durchführung der repräsentativen Meinungsumfrage ist bekannt, dass eine überwiegende Mehrheit von 77 Prozent der Liechtensteinerinnen und Liechtensteiner auch künftig einen politisch unabhängigen Landessender will.

Langfristige Grundlage schaffen

Obwohl die vom Landtag gewählten Mitglieder des Verwaltungsrats mit den Stimmen der VU und der FL abgewählt wurden, ist davon auszugehen, dass sich im Parlament eine Mehrheit finden wird, die bereit ist, den Landessender in der jetzigen Rechtsform zu erhalten und ihn mit den hierfür erforderlichen finanziellen Mitteln auszustatten. Verschiedene Informationen und Erklärungen deuten daher auf eine positive Entwicklung hin.

Mit anderen Worten: Auch Anfang 2006 wird Radio Liechtenstein daher weiterhin auf Sendung bleiben?

Der Landtag hat das Budget 2006 des Landessenders genehmigt. Damit hat der Sender grundsätzlich die erforderliche Basis, um auch 2006 auf Sendung zu bleiben.

Entscheidend für einen kontinuierlichen und erfolgreichen Betrieb von Radio Liechtenstein ist jedoch, dass möglichst bald die entsprechenden neuen Mitglieder in den Verwaltungsrat des Landessenders gewählt werden. Es wäre der Zukunft des Senders nämlich äusserst abträglich, wenn die Beschlussfähigkeit dieses Gremiums nicht gewährleistet, sondern instabil wäre.

Die Zusammensetzung des künftigen Verwaltungsrates steht gegenwärtig zur Diskussion. Welche Möglichkeiten bestehen?

Das geltende Recht sieht vor, dass der Publikumsrat zwei Mitglieder des Verwaltungsrats wählt, die Regierung ebenfalls zwei Mitglieder ernannt und der Landtag schliesslich drei Mitglieder des Verwaltungsrates wählt.

Auf die Wahl des Publikumsrates haben weder Landtag noch Regierung Einfluss, und die Regierung ihrerseits hat jeweils unabhängige ausländische Medienexperten in den Verwaltungsrat gewählt. Dadurch war die Unabhängigkeit des Radios strukturell garantiert, da die



Regierungsrat Martin Meyer: Die Regierung werde als Konsequenz der aktuellen Diskussionen eine Vorlage ausarbeiten, welche dem Landessender eine Zukunft in operativer und vor allem finanzieller Stabilität sichert.

vom Landtag gewählt und damit einer Partei nahe stehenden Mitglieder keine Mehrheit im Verwaltungsrat hatten.

Wenn künftig der Landtag sämtliche Mitglieder wählen sollte, würde dies in letzter Konsequenz bedeuten, dass die Zusammensetzung des Verwaltungsrates jeweils von den politischen Verhältnissen abhängt.

Was würde das bedeuten?

Dies könnte dazu führen, dass die politische Unabhängigkeit des Senders je nach den Machtverhältnissen im Parlament nicht mehr gegeben wäre.

Welches Vorgehen favorisiert stattdessen die Regierung?

Der Bericht der Regierung hat angeregt, dass der Publikumsrat auch künftig zwei Mitglieder wählen kann. So ist sichergestellt, dass die Anliegen der Radiohörer direkt in die Führung des Senders einfließen. Die Regierung wiederum soll ebenfalls zwei Mitglieder ernennen, sodass der Sender auch künftig auf die Expertise ausländischer Medienprofis zurückgreifen kann.

Finanzielle Mittel sprechen

Was schliesslich die vom Landtag gewählten Mitglieder betrifft, so schlägt die Regierung vor, dass alle im Landtag vertretenen Wählergruppen jeweils ein Verwaltungsratsmitglied ernennen können. Der Verwaltungsrat wählt anschliessend aus seinen Reihen einen Präsidenten sowie Vizepräsidenten.

Die Regierung wird zuhänden des Landtags eine Vernehmlassungsvorlage ausarbeiten, in welcher auf diese und weitere Fragen eingegangen wird.

Welche Vorteile bringt der Vorschlag der Regierung?

Meines Erachtens wäre dieses Vorgehen am besten dazu geeignet, die politische Ausgewogenheit des Landessenders langfristig zu garantieren.

Und wie soll schliesslich die Frage der Finanzierung des Senders beantwortet werden?

Gemäss dem für das Jahr 2006 genehmigten Budget erhält der Landessender einen Staatsbeitrag in der Höhe von 1,3 Mio. Franken. Dies entspricht in etwa den finanziellen Zuwendungen, welche der Staat in Form von Medienförderung, Kundmachungen und dergleichen den beiden Landeszeitungen zukommen lässt.

Soll dieser Landesbeitrag künftig erhöht oder gesenkt werden?

Als Folge der verschiedenen Sparmassnahmen wurde das Programmangebot von Radio Liechtenstein deutlich reduziert. Mit dem gegenwärtigen Staatsbeitrag kann der Sender sein heutiges Programm knapp finanzieren.

Landessender erhalten

Damit Radio Liechtenstein auch in den nächsten Jahren in der heutigen Form weiter senden kann, muss der Staat Mittel sprechen, die mindestens auf dem heutigen Niveau liegen oder allenfalls etwas höher.

Vor diesem Hintergrund ist es daher erfreulich, dass die Freie Liste signalisiert hat, dem Kurs der Regierung zu folgen und den Sender künftig mit ausreichenden Finanzen von bis zu 1,5 Mio. Franken zu versorgen.

Damit würde der Sender etwas mehr Geld erhalten als die Landeszeitungen. Ist das gerechtfertigt?

Radio Liechtenstein ist ein öffentlich-rechtlicher Sender, der einen öffentlichen Auftrag wahrnimmt.

Unabhängigkeit sichern

Anders als die Tageszeitungen, für die man im Abonnement oder am Kiosk bezahlt, ist das Programm von Radio Liechtenstein für alle Hörerinnen und Hörer gratis. Dies bedeutet, dass der Landessender erhebliche Mittel braucht, um aus Liechtenstein über Liechtenstein für Liechtenstein zu berichten. Angesichts dessen scheint ein Staatsbeitrag an den Landessender in dieser Höhe durchaus gerechtfertigt.

Im Übrigen hat die Meinungsumfrage gezeigt, dass 78 Prozent der Bevölkerung wollen, dass der Sender in seinem heutigen Umfang erhalten bleibt oder gar leicht respektive stark ausgebaut wird.

Wie geht es in der Frage der Finanzierung nun weiter?

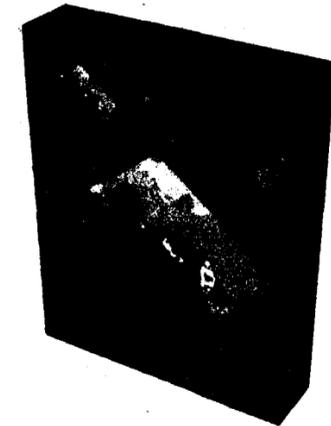
Die Regierung wird als Konsequenz der aktuellen Diskussionen eine Vorlage ausarbeiten, welche dem Landessender eine Zukunft in operativer und vor allem finanzieller Stabilität sichert.

Es liegt danach am Landtag, im Verlauf des nächsten Jahres diese Vorlage im Interesse der liechtensteinischen Bevölkerung zu verabschieden.

Wenn dies nicht geschehen sollte?

Dann wäre die Zukunft des Senders tatsächlich äusserst ungewiss, da das jetzige Finanzierungsmodell mit einem sinkenden Landesbeitrag Ende 2006 ausläuft. Aber ich bin zuversichtlich, dass der Landessender als Stimme Liechtensteins noch lange erhalten bleibt.

Jedenfalls wird die Regierung sich auch weiterhin dafür einsetzen, dass Radio Liechtenstein als politisch unabhängiger Landessender erhalten bleibt.



ANZEIGE

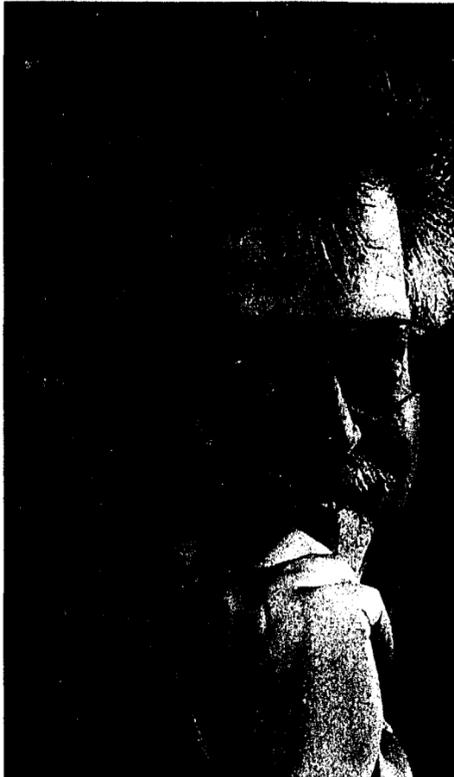
neue Sehkraft Präzise Laserkorrektur in St. Gallen

Informationsveranstaltungen

Freitag 09. Dezember 2005 17.30 Uhr
 Freitag 06. Januar 2006 17.30 Uhr
 Freitag 10. Februar 2006 17.30 Uhr

Augenlaser Zentrum Ostschweiz, Lustgartenstr. 7,
 9000 St. Gallen, Telefon 071 278 75 75
 Anmeldung: telefonisch oder info@freisehen.ch
 www.freisehen.ch

ABGABESTELLE
 ZENTRUM OSTSCHWEIZ



Heeb in Genf per 2004 zum Vorsitzenden des Parlamentarierkomitees der EFTA-Staaten ernannt. Der FDP-Abgeordnete Franz Heeb.

Grosse Ehre für Franz Heeb

VADUZ – Anlässlich des Efta-Ministertreffens vom Dienstag dieser Woche in Genf tagte unter anderem auch das Efta-Parlamentarier-Komitee. Der liechtensteinische Landtag wurde durch die Delegationsmitglieder Franz Heeb (FBP) und Henrik Caduff (VU) vertreten. Hauptthemen waren die Handelsbeziehungen der EU im Rahmen der WTO und des transatlantischen Handels sowie die Beziehungen der Efta-Staaten zu Drittstaaten, mit denen Handelsabkommen bereits bestehen oder in Aushandlung sind.

Im kommenden Jahr übernimmt Liechtenstein den Vorsitz im Parlamentarierkomitee der Efta/EWR-Staaten. Anlässlich der Sitzung in Genf wurde der Abgeordnete Franz Heeb, Delegationsleiter des Parlamentarierkomitees der Efta- und EWR-Staaten, zum Vorsitzenden für das Jahr 2006 bestimmt. (PD)

NACHRICHTEN

Schlossstrasse gesperrt

VADUZ – Die derzeit stattfindenden Holzreiarbeiten an der Schlossstrasse erweisen sich wie erwartet als gefährlich und sehr aufwändig. Um einen reibungslosen Verlauf der Arbeiten zu gewährleisten, ist eine Totsperrung des Strassenabschnittes «St. Johanner Schloss Vaduz» bis zum Abschluss der Arbeiten unumgänglich. Mit dieser Massnahme kann die Dauer des Holzschlages verkürzt und die Strasse damit schneller wieder für den Normalverkehr frei gegeben werden.

Die Holzerei Schlosswald wird seit dem 21. November und noch bis zum 16. Dezember 2005 durchgeführt: Die Daten der Strassen-sperrung: 21. November bis 16. Dezember: Tag und Nacht; an den Wochenenden: durchgehend offen; Umleitung (während der Sperrzeiten): Letzi Bannholzstrasse / St. Luzistrasse. (paf)

Information der Wasserversorgung Liechtensteiner Unterland

UNTERLAND – Der Wasserzähler in allen Gebäuden muss abgelesen werden. Ebenso müssen kleine Kontrollarbeiten an den Wasserzählern vorgenommen werden.

Zu diesem Zweck wird in der nächsten Zeit (November und Dezember) der Beauftragte der WLU (Eschen: Gerhard Potetz, Nendeln: Franz Senti, Gamprin/Bendern: Walter Hasler, Mauren: Karl Ritter, Schaanwald: Andrea Santschi oder Manuela Marxer, Ruggell: Beatrix Fischer, Schellenberg: Emmerich Biedermann) bei Ihnen vorbeikommen und diese Arbeiten erledigen.

Wir danken Ihnen für Ihr Verständnis, Ihre Wasserversorgung Liechtensteiner Unterland. (PD)